

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

43 (6.6.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 43

FBSW

Freitag, 6. Juni 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

## Das „Großverbrechen von Grafeneck“

Auf dem Internationalen Juristenkongreß werden die Enthüllungen UNSERES TAG bestätigt

Konstanz. Hier begann in Anwesenheit von über 200 führenden Juristen aller vier Besatzungsmächte sowie aller vier deutschen Zonen und Vertretern Argentiniens, Luxemburgs, der Schweiz und der Niederlande, der Internationale Juristenkongreß. Die Eröffnungsfeier hielt Mr. Furby, Directeur Général de la Justice aus Baden-Baden. Furby führte u. a. aus, daß Internationale Juristenzusammenkünfte dieser Art kein Novum bedeuten, lediglich das dritte Reich habe diese Tradition unterbrochen. „Nach hitlerischer Anschauung ist die Geschichte der Welt nicht die Frucht der Zusammenarbeit der Rassen, sondern das Werk einer auserwählten Rasse, die allein dazu berufen ist, die Welt zu zivilisieren“. Des weiteren betonte Directeur Furby, daß „jede Lösung, die wir suchen, zur unbedingten Voraussetzung haben muß, daß sie die beiden von Nationalsozialismus negierten Grundsätze respektiert: Bekämpfung jeder Machtübernahme im Gewande des Rechts und die Idee eines frei erwählten und allein zivilisierten Menschen gemeinsamen Rechtes. Es gibt ein solches Recht. Es lebt in den Verfassungen und in der sozialen Gesetzgebung unserer Demokratien.“

Anschließend sprach der Chef de la Justice Alenando aus Baden-Baden, Mr. Bourthoumieux. Er betonte, daß die Welt vor einer neuen Aufgabe stehe und nach Lösung suche, die alle kultivierten Menschen zur Mitarbeit verpflichte. Die deutschen Juristen, die schon vor der Hitlerzeit ein entwickeltes Bewußtsein von der gebieterischen Notwendigkeit neuer Wege und neuer Formen hatten, seien in gleicher Weise wie alle anderen hierzu berufen.

Professor Dr. Schmidt, Präsident des Staatssekretariats von Südwürttemberg gab als weiterer Redner einen umfassenden Ueberblick über die Aufgabe des Juristen beim Neuaufbau Europas. Des weiteren referierten am Eröffnungstage Staatssekretär der Justiz für Südbaden, Streng, über die Leistungen großer deutscher Juristen früherer Generationen. Der Dekan der juristischen Fakultät Straßburg, Prof. Dr. Redslob, sprach über Verfassungsreformen der Gegenwart.

stüchlich entvölkert wurden, müssen systematisch nachgeprüft werden. Bei den Verschleierungsmethoden, die von Anbeginn an befohlen waren und streng eingehalten wurden, ist diese Aufgabe außerordentlich erschwert. Erschwert auch dadurch, daß in Grafeneck selbst alle Spuren des Massenverbrechens systematisch und sorgfältig getilgt wurden.

Die badische Justiz, die zugleich die in der südwürttembergischen Zone begangenen Taten dieser Art in das Verfahren einbezieht, betrachtet es als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben, das Großverbrechen von Grafeneck zur notwendigen und gerechten Sühne zu bringen.“

\* Zu dieser Erklärung des Staatssekretärs Dr. Streng sei daran erinnert, daß UNSER TAG das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, durch, wir dürfen wohl sagen, aufsehenerregende Veröffentlichungen im Februar dieses Jahres erstmals die Öffentlichkeit auf die Massenmorde in Grafeneck hingewiesen zu haben. Wir haben in einer Reihe von Artikeln erschütternde (und stets dokumentarisch belegte) Einzelheiten mitgeteilt und diese Mitteilungen erweitert durch Feststellungen, die wir bei einer auf eigene Faust unternommenen Erkundung am Tatort selbst vorgenommen haben. Wir konnten, obwohl uns keine von den Hilfsmitteln und Möglichkeiten, über die die Untersuchungsbehörden in reichem Maße verfügen, zu Gebote standen, lediglich auf Grund unseres journalistischen Spürsinn, also sozusagen als Amateurdetective, in ganz wenigen Stunden an Ort und Stelle den Hergang der Ermordungen rekonstruieren und eine Reihe von absolut einwandfreien Zeugen auffinden und zu Aussagen veranlassen können. Gewiß, Verschleierungsmethoden sind systematisch und sorgfältig durchgeführt worden; aber so sehr, wie Dr. Streng es hinstellt, ist die Aufdeckung des Massenverbrechens dadurch denn doch nicht erschwert worden.

Ein halbes Jahr vor unserer Veröffentlichung hatte die badische Justizverwaltung bereits Kenntnis von diesen Dingen. Warum aber ließ man diese Zeitspame verstreichen, ohne die Öffentlichkeit in Kenntnis zu setzen? Wie wichtig das gewesen wäre, erhellet aus der Tatsache, daß auf unsere Veröffentlichungen hin sich sofort zahlreiche beklagene Angehörige von Opfern der Grafenecker Morde meldeten, die das ja wohl auch getan hätten, wenn eine entsprechende Aufforderung seitens der Justizbehörden ergangen wäre. Leider hat in dieser Angelegenheit auch die südbadische Presse in ebenso erstaunlicher wie bedauerlicher Art versagt. Mit der einzigen Ausnahme der „Ortenauer Zeitung“, die zu unseren Enthüllungen zustimmend Stellung nahm, hielten es die anderen Zeitungen offenbar für unangebracht, sich mit Fall Grafeneck zu befassen. Aus welchen Beweggründen, bleibe unerörtert. Als die Angelegenheit allerorts zum Tagesgespräch geworden war, meldete sich dann endlich auch noch die „Süwetz“ zum Wort. Was sie vorzubringen wußte, war verblüffend. Statt ihrem Abscheu über das Massenverbrechen Ausdruck zu geben, hob sie tadelnd den Zeigefinger und rüffelte mit sauer-töpferischer Miene das Justizministerium, weil es unsere Zeitung mit Material bedacht habe, das den anderen vorenthalten worden sei. Ach, dies Material hatten wir wahrlich nicht von der Justizbehörde bekommen; die Dinge lagen genau umgekehrt! Im übrigen: Wir haben von unserem Wissen aller Welt durch unsere Artikel Kenntnis gegeben; es muß, so peinlich das heute auch mancher Redaktion sein mag, festgestellt werden, daß die Massenmorde von Grafeneck diesen Zeitungen offenbar weder wichtig, noch interessant, noch verabscheuungswürdig erschienen sind.

**Politik,**  
das ist Glück  
oder Unglück  
von Millionen  
Lenin

---

**Dr. Karl Bittel**  
**Spiel**  
**mit Deutschland**

In jüngsten französischen Kommentaren wird von der Besorgnis über die sich immer klarer abzeichnende Tendenz einer Aufspaltung Deutschlands in zwei Interessensphären gesprochen, wodurch die allgemeine Lösung der Deutschlandfrage ernstlich kompliziert und die Londoner Konferenz in Frage gestellt werde. Daß Frankreich sich bisher nicht zu einem Anschluß seiner Besatzungszone an die anglo-amerikanische Bizone entschlossen habe, sei mit Rücksicht auf die weltpolitische Lage geschehen, um so lange wie irgend möglich eine Aufspaltung der Welt in zwei einander gegenüber stehende Blocks aufzuhalten.

Mit derselben Sorge betrachten wir von deutscher Seite sowohl die derzeitigen Geschehnisse anglo-amerikanischer Aktivität, als auch gewisser deutscher Bestrebungen zu einer Spaltung in West und Ost. Denn damit würde das Schicksal Deutschlands und damit sein Leben als Nation besiegelt.

Die verschiedenartige Haltung der vier Alliierten zu diesen Fragen untersteht nicht unserer Kritik. Wir können nur aus sehr realpolitischen Gründen als Sozialisten und Antifaschisten unaufrichtig wiederholen, daß, angefangen von der Errettung aus der Ernährungs-, Wirtschafts- und Entnazifizierungskatastrophe, bis zur Gestaltung einer wirklichen Demokratie, die wirtschaftliche und politische Ganzheit Deutschlands Voraussetzung ist; ganz abgesehen von der Auswirkung auf den Frieden in Europa und in der ganzen Welt. Um so mehr jedoch steht es uns zu, mit der Leidenschaft des um seine nationale Existenz ringenden deutschen Volkes gegen alle unberufenen privaten Störenfriede zu kämpfen, welche am Unheil einer Zerreißung und Spaltung Deutschlands wirken.

Greifen wir heute einmal den Fall des Prof. Wilhelm Röpkke (Genf) heraus. Röpkke ist einer der konsequentesten Befürworter deutscher Separation, deren Idee er — mit einer anti-sozialistischen und anti-sowjetischen Agitation verbunden — nun seit Jahren aus der Schweiz in die deutsche und internationale Öffentlichkeit lanciert. Mit Röpkke läßt sich in einer Konsequenz jenes verhängnisvolle Spiel mit Deutschland aufziehen, das solche unverantwortlichen Politiker systematisch betreiben. Er hat vor Jahren in einem Buch über die Deutsche Frage eine Konzeption entworfen, welche eine „föderative Neuordnung Deutschlands westlich der Elbe“ fordert. Eine Westkonföderation, völlig von Preußen getrennt, im Dienste der sogenannten abendländischen Kultur gegen „Totalitarismus“, womit die Einheit Deutschlands gemeint ist. Mögen dabei die dadurch entstehenden kraftlosen zentrifugalen Föderativstaaten völlig auseinanderfallen, was kümmert das Röpkke: „Wenn einer oder der andere deutsche Staat seine völlige Autonomie oder Anlehnung an einen anderen Staat erstrebt, sollte man ihm vielleicht nichts in den Weg legen.“ Röpkke sagt „vielleicht“. Wir sagen nein und wenden uns z. B. mit Energie gegen jene politischen Abenteuer in unserer Südwestecke, die mit ihrem separatistischen Unfug eines Schwäbisch-Alemannischen Heimatstaates praktisch an solchem Zerstörungswerk tätig sind.

Wie ungestüm Herr Röpkke seine Pläne verfolgt, beweist seit diesem Buch eine ganze Serie von Leitartikeln, welche die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) zur Grundlage ihrer Politik nimmt und die gerade in unserem Grenzland ihre unheilvolle Wirkung nicht verfehlen. Schon im Oktober vorigen Jahres hat Röpkke im Zusammenhang mit der Zonenkrise eine systematische Agitation gegen das „kollektivistische Wirtschaftssystem“ in der Ostzone begonnen (NZZ, 26. 10. 46), um sie dann vor der Moskauer Konferenz intensiv weiter zu treiben. Er beschwor die Westalliierten, zu keiner Verschmelzung mit der russischen Zone zu kommen, da diese nur eine Belastung bedeute, denn dort sei die Wirtschaftslage viel schlechter als in den westlichen Zonen (NZZ, 6. 2. 47). In den Westzonen müßte eine ökonomische Blutrtransfusion mit Krediten und Investitionen durchgeführt werden, um den Wirtschaftsmarasmus zu überwinden; Ziel müsse ein völlig abgesonderter Westblock sein. Mit dieser Spaltungspolitik ist logischerweise eine scharfe Hetze gegen die deutsche Politik der Sowjetunion verbunden, weil diese sich für eine gesamtdeutsche Lösung einsetze, und sich dabei vorwerfen lassen muß, mit der geforderten deutschen Zentralregierung nur ein Manöver zu treiben. Röpkkes Vorschlag ging damals bereits dahin, einen „Westdeutschen Bund“ zu schaffen, „den wir uns wirtschaftlich wie eine Art von größerem Belgien vorstellen“. In diesem „Kerngebiet“ soll sofort eine radikale Währungsreform mit sehr drastischer Deflation durch Zusammenziehen des Geldwertes und der Schulden durchgeführt werden, deren neue Währung er fix und fertig als „Westmark“ bezeichne.

Röpkkes verhängnisvolle Projekte gingen damals bereits noch weiter, indem er ganz grundsätzlich Amerika, England und Frankreich von einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland abtrat und ihnen dafür Einzelfriedensverträge mit den deutschen Kleinststaaten vorschlug. Wörtlich schrieb er: „daß die Sieger, unter Verzicht auf einen Friedensvertrag mit einer nichtexistierenden und zum Zwecke des Selbstmordes (!) erst eigens zu

## Neue Regierung in Ungarn / USA sperren Kredit

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident, der z. Zt. in der Schweiz weilt, reichte am vergangenen Freitag der ungarischen Gesandtschaft in Bern seinen Rücktritt ein.

Der Ministerrat trat zu einer außerordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Rakosi zusammen. Auf der Sitzung wurde das Rücktrittsgesuch Nagys angenommen. Anschließend beschloß der Rat, dem Präsidenten der Republik, Zoltan Tildy, den Rücktritt der gesamten Regierung zu übermitteln.

Inzwischen ist die neue ungarische Regierung von dem ehemaligen Kriegsminister Lajos gebildet worden: Ministerpräsident und Minister für Landesverteidigung Dinnyes (Kleine Landwirtpartei); stellvertretender Ministerpräsident Rakosi (Kommunist); Staatsminister Doby (Kleine Landwirtpartei); Inneres Lazlo Rajk (Kommunist); Außen- und Informationsminister Mihkyff (Kleine Landwirtpartei).

Vor kurzem hatte Rekoy erklärt: „Die Verschwörer organisieren sich wieder“. Nagy hatte seinen fünfjährigen Sohn nach Bern vorausgeschickt zusammen mit den Juwelern der Familie und einem Vermögen von 400 000 Schweizer Franken. „Neues Oesterreich“ schreibt: „Es ist zum ersten Mal in der Geschichte, daß der Ministerpräsident eines Landes gegen seine eigene Regierung eine Verschwörung angezettelt hat, als amtierender Ministerpräsident ins Ausland ging und von dort seinen Rücktritt einreichte“. Die „New York Times“ unterstreicht auf Grund der letzten Ereignisse in Ungarn „die Gefahr, die eine kommunistische Expansion in Europa und dessen Aufteilung in rivalisierende Lager für die Vereinigten Staaten bedeutet“.

Washington. Der ungarischen Regierung wurde der im Februar 1947 gewährte Dreißig-Millionen-Dollarkredit für überschüssige amerikanische Güter vorläufig gesperrt. Die Kreditperre solle solange in Kraft bleiben, bis sich klar zeige, wohin die Entwicklung in Ungarn führe. Mehr als die Hälfte des Kredits ist noch nicht in Anspruch genommen worden. Diese Maßnahme wird als erster Schritt der Vereinigten Staaten gegen das neue Regime in Ungarn angesehen. Der Sprecher des Außenministeriums lehnte es ab, sich darüber zu äußern, ob weitere Maßnahmen zu erwarten seien und ob der Kredit von sieben Millionen Dollar der Export-Import-Bank, der Ungarn zum Ankauf von Baumwolle aus Amerika gewährt worden war, ebenfalls gesperrt werden soll.

London. Die britische Regierung wird sich, wie ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, möglicherweise mit den Vereinigten Staaten über die Frage einer Intervention bei der russischen Regierung wegen der politischen Entwicklung in Ungarn beraten.

### Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz

München. Als erster Punkt der Tagesordnung für Freitag wurde eine Ansprache des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard festgesetzt. Danach folgt die Besprechung der Ernährungslage. Staatsminister Dr. Baumgartner wird dann über die Rettung des deutschen Waldes sprechen und Oberbürgermeisterin Luise Schroeder (Berlin) über Volksgesundheit referieren. Folgen soll ein Wirtschaftsreferat vom Hamburger Senator Borgner und ein Finanzreferat von Dr. Hilpert (Hessen). Staatsminister Binder wird am Samstag ein Referat über Entnazifizierung halten. Ferner sind Referate über Besatzungsmacht von Staatsrat Dr. Schmid (Württemberg-Hohenzollern) und Flüchtlingsfragen von Ministerpräsident Luedemann (Schleswig-Holstein) geplant.

Berlin. Dr. Steinhoff, der Ministerpräsident von Brandenburg, teilte mit, daß die fünf Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone nach München fahren. Anstelle des erkrankten sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs fährt der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Fischer.

### Interzonenkonferenz vorverlegt

Baden-Baden (Südena). Am 28. und 29. Juni findet in Baden-Baden eine Zonenkonferenz der Gewerkschaften statt. Die für August vorgesehene Interzonenkonferenz in Baden-Baden wird nicht wie ursprünglich gemeldet vom 15.—17. August, sondern vom 5.—7. August durchgeführt werden.

## Einwohner des Landes Baden!

Ihr habt Euch in Freiheit eine demokratische Verfassung gegeben und habt in voller Unabhängigkeit Eure Vertreter gewählt.  
Eure junge Demokratie steht einer ungeheuren Aufgabe gegenüber, denn sie muß ihre Pflaster auf den Trümmern und dem Elend aufbauen.  
In Euren Bemühungen könnt ihr auf die Unterstützung der Vertreter der Militärregierung zählen, die um so besser Eure Schwierigkeiten verstehen, als ihr eigenes Land, durch den Krieg erschöpft, denselben Schwierigkeiten ausgesetzt ist.  
Die friedliche Arbeit und die von allen gemachten Anstrengungen sind die einzigen Waffen der Demokratie, welche auch die zu überwindenden Schwierigkeiten sein mögen.  
Laßt Euch nicht entmutigen!  
In allen Ländern, deren Boden durch den Krieg berührt wurde, ist die Ernährungslage zur Zeit schwierig. Sie kann nur durch die Arbeit der Bauern auf den Feldern und der Arbeiter in den Fabriken behoben werden.  
Die Militärregierung hofft, daß jeder seine Pflicht kennt. Jeder, der sich ihr entzieht, würde die Not des badischen Volkes willkürlich verschlimmern, dies könnte nicht geduldet werden.

Freiburg i. Br., den 3. Juni 1947.

Le Commissaire de la République  
Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire  
du Pays de Bade  
(gez.) P. Pène





Das Maismehl

125 g Brot sind nun unsere neue Tagesration, dazu 90 g Maismehl täglich. In der Zeitung war zu lesen, daß ein Brot, mit zusätzlich 60 g Maismehl gebacken, minderwertig sei, daher würden nur 30 g verbacken. Was soll nun die Hausfrau mit den 90 g Maismehl täglich anfangen? Ohne Fett und ohne Milch kann man davon keine nahrhafte Suppe oder einen nahrhaften Brei herstellen. Nur mit Wasser angerührt und gekocht, sind sie genau so minderwertig.

Viele Hausfrauen werden dazu übergehen, aus reinem Maismehl Brot zu backen oder beim Bäcker backen zu lassen, da man ja auch selten Hefe erhält; das Brot ist aber dann ja noch minderwertiger. Da wäre es schon besser, man ließe das Brot mit 60 g Maismehl backen und gäbe es der Bevölkerung in diesem Zustand.

Wie gut wäre es, wenn man bei solchen Entschlüssen die Hausfrauen um Rat fragen würde. Aber überall sind wir ausgeschaltet. Was wissen die Männer davon, wie schwer es den Hausfrauen heute gemacht ist, ihre Familien einigermaßen satt zu bekommen. Pflichten haben wir Frauen in Massen, aber Rechte so gut wie keine, obwohl wir den größten Teil der Bevölkerung ausmachen.

Kartoffelkäfer in der Stadt

Freiburg. Wie akut die Kartoffelkäferfrage geworden ist, kann man aus der Tatsache ersehen, daß diese Schädlinge bereits auf dem Pflaster der Kaiser-Josef-Straße zu finden sind. Allerdings nicht in dem Maße wie auf dem regulären Kartoffelfeld. Sie krabbeln sogar auf den Klingelknöpfen an den Haustüren umher.

Diese Tatsachen dürften für sich sprechen und jedem, der sich noch keine Gedanken über diese Gefahr gemacht hat, gründlichst die Augen öffnen und ihn mobilisieren zur aktiven Mithilfe bei der Ausrottungsaktion. Denn es ist kaum zu glauben, wie viel Gleichgültige noch herumlaufen, die über genügend freie Zeit verfügen, aber leider auf dem Standpunkt stehen, daß der Kampf gegen den Kartoffelkäfer eine Angelegenheit der sogenannten „Dummen“ sei. Sie haben es zum Teil ja nicht nötig, sie kommen so oder so zu ihrem Recht. Und das mit Unrecht!

Die Seidenraupen spinnen

Freiburg. Im Institut für Bienenkunde in der Stefan-Meier-Straße 26 wird wieder eine kleine Seidenraupenzucht für Versuchs- und Lehrzwecke durchgeführt. Sie nähert sich ihrem Ende, und in diesen Tagen werden die Raupen mit dem Einspinnen beginnen. Nach vorheriger Anmeldung können Besichtigungen an Werktagen zwischen 11 und 12 Uhr und von 14 bis 15 Uhr erfolgen. Diese Besuchszeiten sollen vordringlich für Schulklassen reserviert sein. Nach Vereinbarung können auch andere Zeiten festgelegt werden.

Schwindende Arbeitskraft

Angestelltengewerkschaft fordert die 40-Stunden-Arbeitswoche

Offenburg. Nach interessanten Darlegungen aus der Geschichte der Gewerkschaften berichtete in der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Angestellten Kollege Kappes (Freiburg) ausführlich über die Besprechungen zwischen dem Badischen Gewerkschaftsbund und der Militärregierung. Er sei darauf hingewiesen, daß die durch die Unterernährung herbeigeführte Arbeitsmüdigkeit in einzelnen Fällen schon zu Arbeitsniederlegungen geführt hätte. Daraus wäre zu ersehen, daß die Arbeiter und Angestellten in Gefahr seien, trotz bestens Arbeitswillens nicht mehr arbeiten zu können, was die Lahmlegung der gewerblichen Wirtschaft nach sich ziehen müßte. Der Badische Gewerkschaftsbund hätte bei der Militärregierung vorgeschrieben, und würde alles tun, um für eine sofortige Verbesserung der Nahrungsmittelzuflüsse Sorge zu tragen. Wenn etwas Entscheidendes erreicht würde, dann sei dies im wesentlichen dem Eintreten des Gewerkschaftsbundes zuzuschreiben, der von Seiten der Militärregierung als der wichtigste Garant der Demokratie angesehen werde.

Da mit der neuesten Kürzung der Brotration ein großer Notstand eingetreten sei, wäre die Militärregierung gebeten worden, alle verfügbaren, für den zivilen Sektor vorgesehenen Lager freizugeben. Die Militärregierung habe die entsprechenden Schritte zugesagt.

Der Redner beschäftigte sich weiterhin mit dem Verhältnis zwischen Stadt und Land. Der Arbeiter lehne jeden Zwang gegenüber den Bauern ab — ein „Kartoffelkrieg“ sei natürlich eine Unmöglichkeit. Der Bauer müsse sich aber auch darüber klar sein, was es bedeute, daß der Arbeiter seit zwei Jahren Nahrungsmittel leide, während der Bauer noch nicht gehungert habe und daß Gedeih und Verderb der Bauern letzten Endes vom Arbeiter abhängen. Die Normalverbraucher der Landorte und kleinen Städte dürften keine geringeren Zuteilungen erhalten, als die großen Städte. Die größte Sorge ist die Bereitstellung von Kartoffeln, Brot, Fleisch und Fett, und der Gewerkschaftsbund würde alles daran setzen, seinen starken Einfluß hierfür geltend zu machen.

In der Diskussion erklärte Kollege Dr. Bittel, daß die Bevölkerung nicht alles im guten Glauben hinnehmen dürfe, was die deutschen Behörden tun. Damit kämen wir nur immer tiefer in die Not hinein. Die Bevölkerung müsse größere Aktivität zeigen. Die Gewerkschaften hätten im Hinblick auf die Demokratisierung der Wirtschaft noch zu wenig getan. Vor einem Jahr haben wir ein Anti-Hungerprogramm aufgestellt, wo ist es durchgeführt? Wir müssen auch selbstkritisch sein. Man könne den Bauern keine industriellen Produkte als Gegenleistung versprechen, wenn die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften keinen Einfluß auf die Produktion und die Verteilung der Produkte habe. Die ersten Ansätze für eine

demokratischere Kontrolle der Landwirtschaft seien getan, aber die Kontrolle der Industrie wäre noch nicht begonnen worden. Hier würden immer noch die alten Kräfte herrschen, die uns niemals aus der Not herausbringen könnten, zumal sie auch gar nicht den Willen dazu hätten. Die Gewerkschaften müßten als anerkannt demokratische Kraft in erster Linie für die Umstellung der Wirtschaft auf die neue demokratische Ordnung eintreten, und diese unbedingt durchsetzen. Erst dann hätten die Gewerkschaften die Möglichkeit, durch ihre praktische Arbeit das Vertrauen der Bauern ganz zu gewinnen, wenn sie ihm wirklich Saatgut, Düngemittel und Arbeitsgeräte beschaffen, an denen er große Not leidet.

Der Leiter des Ernährungsamts, Kollege Hermann, gab Aufschluß über die Fehler, welche bei der vom Statistischen Landesamt durchgeführten Bodenbenutzungserhebung 1946 gemacht worden sind. Man hätte wohl ein ungefähres Bild über die Gesamtfläche gehabt, aber nicht gewußt, welche Flächen in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung standen. Alle Aufbringungsanlagen seien darum zu hoch gewesen. Das tatsächliche Wenigeraufkommen konnte aber nicht durch Einfuhren ausgeglichen werden, weil der Wirtschaftsplan auf den erwählten unrichtigen Zahlen aufgebaut worden war.

Die Versammlung nahm eine von Koll. Hermann eingebrachte Resolution an, die im Hinblick auf die fortschreitende Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung die Einführung der 40-Stundenwoche forderte.

Diamanten gegen Strümpfe

Waldshut. Einen Rucksack voll Nylon-Strümpfe führte ein Schmuggler bei sich, der das Pech hatte, zwei Meter von der deutschen Grenze bei Waldshut durch den Hund eines Schweizer Zöllners gestellt zu werden. Der Mann, der hauptberuflich schmuggelte, erklärte bei seiner Vernehmung, daß die Strümpfe mit geschmuggelten deutschen Diamanten gezahlt worden wären und für eine evakuierte Dame im Landkreis Waldshut bestimmt seien. Wahrlich, diese Dame muß notleiden, wenn sie 3000 Schweizer Franken in Diamanten bezahlen kann, um wieder elegante Strümpfe zu erhalten.

Strandbad Titisee wieder geöffnet.

Am vergangenen Sonntag öffnete das allen schwimmlustigen Freiburgern wohlbekannte Strandbad in Titisee zum ersten Mal nach dem Krieg seine Pforten. Der schöne, sommerliche Tag hatte zahlreiche Gäste aus Nah und Fern, vor allem aber aus Freiburg, angezogen, die in der reinen Luft des Hochschwarzwaldes Erholung und Entspannung suchten und fanden. Wie die Badeleitung mitteilt, wird das Strandbad den ganzen Sommer über geöffnet bleiben.

Der erste Jugendkongreß in Südbaden

Sulzburg. Am ersten Kongreß der Freien Jugend in Südbaden nahmen 175 Delegierte und Gastdelegierte, sowie Vertreter anderer Jugendorganisationen, der Parteien, der Behörden und der Gemeinde Sulzburg teil. Landessekretär Heinz Musolf unterstrich die Forderungen der Freien Jugend nach dem Aufbau eines geeinten, demokratischen Deutschlands. Für die Jugend gehe es hierbei um die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft und daher kämpfe sie um bestimmenden Einfluß im neuen gesellschaftlichen und staatlichen Leben. Die Erreichung dieses Zieles und die Überwindung der gegenwärtigen Not bedinge den Zusammenschluß der gesamten Jugend.

In der Diskussion wurden für die Jugendorganisationen volle Entfaltungsmöglichkeit und materielle Unterstützung durch den Staat gefordert. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den verschiedenen Jugendorganisationen sei notwendig, besonders eine sich über ganz Deutschland erstreckende freie Jugendbewegung.

Zum Vorsitzenden des neuen Landesvorstandes wurde Ludwig Denz (Offenburg), zum 1. Landessekretär Heinz Musolf (Freiburg), zum 2. Landessekretär Richard Böck (Freiburg) gewählt.

Mitgliederversammlung der Freien Jugend

Freiburg. Am Dienstag, 10. Juni, um 15 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Schwabentorplatz 3) eine Hauptmitgliederversammlung, Kreis Freiburg, statt, in welcher über den ersten Kongreß der Freien Jugend in Sulzburg und über das zweite Jugendparlament der Freien Deutschen Jugend in Meissen Bericht erstattet wird. Die Eltern und Jugendlichen sowie alle Freunde der Freien Jugend sind dazu eingeladen.

Fliegergeschädigte sammeln sich

Der vor kurzem ins Leben gerufene Bund der Fliegergeschädigten in Baden ruft zu einer öffentlichen Versammlung auf, die am morgigen Samstag, 7. Juni, 19.30 Uhr, im Maria-Hilf-Saal stattfindet. Es ist zu hoffen, daß sich die ausgebombten Opfer des Hitlerkrieges in großer Zahl einfinden werden.

Freiburg. Der Männerchor des Arbeiterbildungsvereins veranstaltet am kommenden Sonntag, 8. Juni, eine musikalische Feierstunde unter dem Motto „Natur und Heimat in Lied, Wort und Ton“. Die Veranstaltung beginnt 16.30 Uhr im Maria-Hilf-Saal, Zäsurenstraße 109. Mitwirkende sind: Konzertmeister Reinhard Hindenberg, Violoncellist, Kapellmeister Heinrich Kehm, Flügel, Ewald Affner, Rezitationen und der Männerchor mit dem Quartett des Arbeiterbildungsvereins. Die musikalische Leitung hat A. Hofheinz. Das reichhaltige Programm enthält Werke von W. A. Mozart, Konradin Kreutzer, J. S. Bach, Ludwig van Beethoven, F. Schubert, Boccherini, Schumann, Schiller, Hebbel, Goethe u. a.

Heidelberg. Mit einem Bevölkerungszuwachs von 33 Prozent seit 1939 steht Heidelberg an erster Stelle unter allen Städten in der amerikanischen Zone.

Verantwortlich für den Heimteil: Hanns Adam Faerber, Offenburg

Suchdienst, Kauf-Verkauf, Heiraten, Verschiedenes, Geschäftsanzeigen, Stellenangebote, Kaufigesuche, Unterrichts, Immobilien, Wohnungstausch. A collection of various classified advertisements including job openings, real estate, and business notices.